

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel ringen die Spitzenvertreter der Europäischen Union Ende dieser Woche um einen dauerhaften Finanzierungsplan für die Ukraine. Ob es dabei gelingen wird, immobilisiertes russisches Zentralbankgeld in dreistelliger Milliardenhöhe zur Absicherung eines Reparationskredites für die Ukraine zu nutzen, wie es Bundeskanzler Friedrich Merz vorschwebt, oder ein anderer Finanzierungsweg beschritten werden muss, ist zur Stunde noch völlig offen. Merz bezifferte die Chancen für eine EU-Einigung, die er am 15. Dezember im Rahmen des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums in Berlin als „Schlüsselfrage“ für die Handlungsfähigkeit der EU bezeichnet hatte, zuletzt auf „50 zu 50“.

Rund um die Wirtschaftskonferenz, die durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft mitorganisiert worden ist und auf der Bundeskanzler Merz und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gemeinsam aufgetreten sind, hatte es in Berlin zwei Tage lang intensive Gespräche über eine Friedenslösung für die Ukraine gegeben. An diesen waren neben der Bundesregierung und der ukrainischen Delegation auch Emissäre aus den USA und weitere europäische Spitzopolitiker beteiligt.

Fast untergegangen ist angesichts dieser Ereignisse, dass die EU zu Wochenbeginn weitere Sanktionen gegen Russlands Schattenflotte, sowie an hybrider Kriegsführung beteiligte Personen und Organisationen erlassen hat. Die USA erreichten am vergangenen Wochenende die Freilassung von 123 politischen Gefangenen in Belarus und hoben im Gegenzug einige Wirtschaftssanktionen auf.

Mit diesem letzten Sanktions-Update des Jahres danken wir Ihnen für das Interesse im zu Ende gehenden Jahr, wünschen Ihnen frohe Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihre Redaktion

OA-Update 2025/11
Stand: 18. Dezember

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Weltpolitik zu Gast im Haus der Deutschen Wirtschaft

Mit einer Schweigeminute für die Opfer des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine begann am 15. Dezember in Berlin das 8. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum unter dem Motto „Resilience in Action – Partnership in Progress“. Die Konferenz, die einen Planungsvorlauf von rund einem Dreivierteljahr hat, war unverstetens zu einem Teil der intensiven diplomatischen Bemühungen um eine Friedenslösung geworden, die mit zahlreicher Politprominenz zeitgleich in Berlin stattfanden und im Zentrum der Hauptstadt für höchste Sicherheitsvorkehrungen sorgten.

Die Veranstalter, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine), konnten rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Haus der Deutschen Wirtschaft begrüßen. Höhepunkt des ganztägigen Programms war der Auftritt des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der gemeinsam mit Bundeskanzler Friedrich Merz und knapp 30-minütiger Verspätung am Abschlussteil der Konferenz teilnahm.

Merz dankte in seiner Rede der deutschen Wirtschaft für ihre Engagement in der Ukraine und verwies mit Blick auf Russland die „präzedenzlosen Sanktionen“ der EU, die „auch eine deutliche Wirkung zeigen“. Außerdem konkretisierte er nochmals seinen Plan, russisches Zentralbankvermögen in der EU innerhalb der nächsten zwei Jahre zu nutzen, um der Ukraine eine Finanzierungsperspektive zu geben. „Nur mit Stärke werden wir diesen sinnlosen Krieg beenden.“ Welche Aussagen Merz außerdem machte und was noch während der Konferenz geschah, erfahren Sie in unserem Ost-Ausschuss-Hintergrundbericht:

[„Die deutsche Wirtschaft steht an der Seite der Ukraine“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Aktuelle Handelsentwicklung: Russland verliert, Ukraine gewinnt

In den ersten zehn Monaten 2025 ist der deutsch-russische Handel weiter deutlich zurückgegangen. Laut den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Zahlen, die der Ost-Ausschuss monatlich aufbereitet, sank das Handelsvolumen um weitere 13,4 Prozent auf noch 6,9 Milliarden Euro. Dabei gingen die Importe aus Russland um 34,2 Prozent zurück, die deutschen Exporte sanken um 8,2 Prozent. Deutliche Zuwächse verzeichneten hingegen die deutschen Exporte in die Ukraine. Hier finden Sie die aktuellen Statistiken:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Russland erklärt Deutsche Welle zur unerwünschten Organisation

Die Staatsanwaltschaft in Russland hat den deutschen Auslandssender Deutsche Welle (DW) als „unerwünschte Organisation“ eingestuft. Dies gab die Deutsche Welle am 14. Dezember unter Berufung auf russische Medienberichte bekannt. Der Schritt zeige, „wie wenig das Regime von Pressefreiheit hält und wie sehr es unabhängige Informationen fürchtet“, erklärte laut Spiegel-online dazu die DW-Intendantin Barbara Massing. Der Sender werde sich dadurch aber nicht abschrecken lassen und weiterhin Medienangebote für Nutzer in Russland bereitstellen – unter Umgehung der Zensur.

Wer mit „unerwünschten Organisationen“ zusammenarbeitet, macht sich in Russland strafbar und muss mit hohen Geldstrafen, im Extremfall sogar mit Haft rechnen, wie die Deutsche Welle erklärte. Schon das Teilen von Inhalten von Medienanbietern, die als unerwünschte Organisationen gelten, gelte als Straftat – etwa das Teilen von journalistischen Beiträgen auf Social Media.

Für russische Staatsangehörige gelte das Verbot der Zusammenarbeit auch außerhalb des russischen Staatsgebiets. Somit seien russische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle direkt betroffen. In Russland darf die DW ohnehin seit Jahren nicht mehr arbeiten.

[Russland erklärt Deutsche Welle zur »unerwünschten Organisation« - DER SPIEGEL](#)

Bauteile von Rheinmetall in russischen Drohnen gefunden

Laut Recherchen des öffentlich-rechtlichen Senders wurden in drei russischen Geran-2-Drohnen, die 2024 über dem ukrainischen Luftraum abgeschossen wurden, Kraftstoffpumpen der Rheinmetall-Tochter Pierburg verbaut. Die Journalisten stützen sich auf Bilder und Seriennummern der Kraftstoffpumpen, die der ukrainische Militärgeheimdienst (HUR) dem Sender übermittelt habe sowie auf öffentliche Quellen, darunter das Online-Portal „War&Sanctions“. Seit dem zehnten Sanktionspaket der EU gegen Russland im Februar 2023 dürfen die Pumpen nicht mehr in das Land exportiert werden, heißt es beim rbb unter Berufung auf das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Rheinmetall, dessen Tochtergesellschaft Pierburg die betreffenden Kraftstoffpumpen hergestellt hat, habe Sanktionen bzw. Embargos der Europäischen Union gegenüber Russland stets beachtet und konsequent umgesetzt, teilt ein Rheinmetall-Sprecher dem rbb mit. Keines der genannten Produkte wurde durch Rheinmetall nach Russland ausgeführt, so der Sprecher weiter. Inwiefern zivile Kunden in Drittstaaten, bei denen es sich zumeist um Fahrzeugsatzteile-Großhändler handeln würde, besagte Kraftstoffpumpen möglicherweise nach Russland ausgeführt haben könnten, entziehe sich der Kenntnis des Unternehmens.

Russland attackiert Ukraine mit deutscher Technik – Sanktionen entgangen?

Ausnahmeregelungen für Rosneft Deutschland

Angesichts der negativen Auswirkungen der US-Sanktionen gegen den russischen Ölkonzern Rosneft auf dessen deutsche Einheit hat das US-Finanzministerium am 29. Oktober eine General License Nr. 129 veröffentlicht. Die Ausnahmeregelung erlaubt alle Transaktionen mit der Rosneft Deutschland GmbH oder RN Refining & Marketing GmbH sowie allen Unternehmen, an denen beide Einheiten direkt oder indirekt eine Beteiligung von 50 Prozent oder mehr halten, bis zum 29. April 2026.

Hier die OFAC-Meldung:

[Balkans-related Designation Removals; Issuance of New Russia-related General License and Amended Russia-related Frequently Asked Question | Office of Foreign Assets Control](#)

Hier finden Sie die General License Nr. 129:

[download](#)

Zum Thema der US-Ölsanktionen gibt es ebenfalls eine neue US-FAQ:

[1216 | Office of Foreign Assets Control](#)

SPD-Chef will russischen Stahl vollständig sanktionieren

Vizekanzler Lars Klingbeil fordert härtere Maßnahmen gegen Russland. Es müsse schnell ein „vollständiges Ende aller Stahlimporte aus Russland geben“, sagte der SPD-Politiker laut Spiegel-online. „Noch immer sind Stahlbrammen, die in Russland produziert und in der EU weiterverarbeitet werden, von Sanktionen ausgenommen“, kritisierte Klingbeil. „Man kann keinem Beschäftigten bei uns in der Stahlindustrie erklären, dass Europa immer noch den Markt für Putin offenhält.“ Stahlbrammen sind ein Vormaterial für Bleche und Bänder.

Die Antwort auf weltweite Überkapazitäten und Dumpingpreise müsse zugleich „mehr europäischer Patriotismus“ sein, sagte Klingbeil weiter: „mehr heimische Produktion, ein klarer Fokus auf klimafreundlichen Qualitätsstahl aus Deutschland und Europa. Wir müssen in wichtigen Bereichen wie unserer Infrastruktur und der Autoindustrie bevorzugt Stahl nutzen, der hier produziert wird.“

[Russland-Sanktionen: SPD-Chef Lars Klingbeil will alle Stahlimporte stoppen - DER SPIEGEL](#)

AWG- Novelle im Bundeskabinett beschlossen

Mit dem Inkrafttreten der [Richtlinie zur Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der Union \(Richtlinie EU 2024/1226\)](#) gelten seit dem 19. Mai 2024 für alle EU-Mitgliedstaaten gleiche Mindeststandards für die Definition und Verfolgbarkeit von Verstößen gegen EU-Sanktionen. Damit soll sichergestellt werden, dass Sanktionsverstöße unionsweit mit wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden Strafen geahndet werden. Die Bundesregierung hat zur Umsetzung der Richtlinie eine Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes vorbereitet („Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive Maßnahmen der Europäischen Union“). Der Gesetzesentwurf wurde am 8. Oktober 2025 im Bundeskabinett beschlossen und geht nun in das parlamentarische Verfahren. Den Gesetzesentwurf und weitere Informationen zum Verfahren finden Sie auf der [Webseite des Deutschen Bundestages](#).

BAFA-Merkblatt und Hinweise zu „Red Flags“

Am 11. September 2025 wurde das aktuelle [Merkblatt „Optimierte Antragstellung“](#) des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA veröffentlicht. Das Merkblatt soll dabei helfen, einen formal richtigen und inhaltlich vollständigen Antrag im BAFA einzureichen. Die neue 5.Auflage enthält u.a. nähere Informationen zu den Neuerungen in der Antragsmaske des ELAN-K2 Ausfuhr-Systems, die zum 1. September 2025 eingeführt wurden. Zur besseren Steuerung und gezielten Zuordnung eines Antrags im Rahmen des Antragsverfahrens werden nunmehr folgende ergänzende Angaben abgefragt:

- Warenverzeichnisnummer
- Kenntnis über Genehmigungspflichten nach der Außenwirtschaftsverordnung (AWV), der EU-Verordnung 2021/821 oder einer Embargo-Verordnung der EU
- Anlass der Antragstellung bei Nullbescheiden

Noch einmal hinweisen wollen wir Sie auch auf das Papier des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema „Red Flags“ (Warnsignale), das zu einer sorgfältigen Prüfung von Geschäften mit Hinblick auf eine mögliche Sanktionsumgehung beitragen soll.

[Sanktionsumgehung | BMWE](#)

Für den Newsletter des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema Sanktionsdurchsetzung können sich über diesen Kontakt sanktionsoutreach@bmwe.bund.de anmelden.

Fallbeispiele für Sanktionsumgehung aus Deutschland

Die Publikation „Sanktionsumgehung – Aktuelles aus der strafrechtlichen Praxis der Sanktionen gegen Russland“ des Bundeswirtschaftsministeriums informiert über das aktuelle Geschehen der strafrechtlichen Fallpraxis zu Verstößen gegen die Russland-Sanktionen der EU im Kontext der Sanktionumgehung. Beleuchtet werden strafrechtliche Fälle, gerichtliche Urteile und Maßnahmen der Ermittlungsbehörden im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz und die einschlägigen EU-Verordnungen. Zudem werden praktische Hinweise zur Sanktions-Compliance und zur Meldung potenzieller Sanktionsverstöße bereitgestellt.

Im September erschien die zweite Ausgabe der Reihe mit Informationen zu mehreren gravierenden Verstößen gegen restriktive Maßnahmen bezüglich Russland. Unter anderem geht es um die illegale Ausfuhr von Luxusautos. Hier der dazugehörige Link: [Sanktionumgehung – Aktuelles aus der strafrechtlichen Praxis der Sanktionen gegen Russland | BMWE](#)

Zudem informiert das Bundeswirtschaftsministerium auf dieser Webseite ausführlich über Umgehungspraktiken für Sanktionen:

[Von der Schraube bis zum Chip: Sanktionumgehung als Achillesferse der Sanktionspolitik gegen Russland | BMWE](#)

19. Sanktionspaket könnte SEFE Ausstieg aus Altverträgen ermöglichen

Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hatte der Bund die Geschäfte beim russischen Energieunternehmen Gazprom Germania übernommen. Im Zuge dessen wurde das Unternehmen in SEFE (Securing Energy for Europe) umbenannt, das Bundeswirtschaftsministerium ist heute Gesellschafter des Unternehmens. SEFE importiert allerdings bis heute weiter Flüssiggas aus Russland nach Europa. Der Grund ist ein Altvertrag, der das Unternehmen weiter an Russland bindet.

Das Wirtschaftsministerium schreibt auf Anfrage des Rechercheportals Correctiv, dass aufgrund der Rechtslage „eine Kündigung oder Verweigerung der Vertragserfüllung“ nicht möglich sei. Und selbst, wenn SEFE kein russisches Gas mehr abnehmen würde, würde die deutsche Firma die russischen Kriegskassen vermutlich weiter füllen, schreibt Correctiv. Denn Teil des alten Vertrages sei eine sogenannte „Take or Pay“-Klausel. Das bedeutet: SEFE müsste auch dann für das russische Gas zahlen, wenn es die Annahme verweigern würde. Russland könnte das LNG dann sogar verkaufen und würde sozusagen doppelt profitieren.

Im ersten Halbjahr 2025 hat SEFE nach eigenen Angaben 25 Schiffsladungen LNG aus Russland angenommen, 2024 seien es insgesamt 49 Ladungen gewesen. Das importierte Flüssiggas kommt im Hafen im französischen Dünkirchen an und wird dort ins europäische Netz eingespeist. Mit dem 19. Sanktionspaket der EU kommt offenbar Bewegung in die Interpretation des Altvertrages. Die jüngsten EU-Sanktionen gegen Russland erlauben dem deutschen Gasimporteur Sefe, aus seinem langfristigen

Liefervertrag mit Russland auszusteigen. Zu dieser Einschätzung kommt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Grünen-Fraktion im Bundestag.

[Drucksache 21/2484](#)

Florierender Autohandel trotz Sanktionen

Einen lukrativen Nebenverdienst soll sich ein Mann aus Gera aufgebaut haben: Nach Angaben des Zolls in Thüringen hat der 41-Jährige mindestens 238 Fahrzeuge im Gesamtwert von 18,9 Millionen Euro nach Russland ausgeführt. Das ist aufgrund der geltenden EU-Sanktionen gegen Russland verboten.

Wie die Polizei mitteilte, hatten schon im Mai Zollbeamte Geschäftsräume sowie die Wohnung des Mannes durchsucht und dabei umfangreiche Beweismittel sichergestellt. Die Auswertung der Beweismittel sowie umfangreiche Finanzermittlungen brachten im Dezember den entscheidenden Durchbruch: Die Behörden froren Vermögenswerte in Höhe von mehr als 16,5 Millionen Euro ein. Zudem habe man sieben teure Autos unterschiedlicher Marken im Gesamtwert von 595.000 Euro sowie Bargeld in Höhe von 49.150 Euro beschlagnahmt. Darüber hinaus sicherten die Ermittler Steuererstattungen von rund 556.000 Euro und ließen für drei Immobilien des Beschuldigten Sicherungshypotheken in Höhe von insgesamt 3,5 Millionen Euro eintragen.

[dpa-Meldungen | thueringen.de](#)

3. Europäische Union

EU verhängt Sanktionen gegen Ölhandler und Schattenflotte

Die Europäische Union hat am 15. Dezember neue Sanktionen gegen russische Ölgeschäfte verhängt, dies berichtet die Agentur Reuters. Betroffen sind die Händler Murtaza Lakhani und Etibar Eyyub, weil sie Moskau dabei geholfen hätten, westliche Sanktionen gegen Rohölexporte zu umgehen, mit denen Russlands Krieg in der Ukraine finanziert wird.

Die neuesten EU-Sanktionen verbieten den Bürgern der Union Geschäfte mit den gelisteten Unternehmen und Personen und schränken deren Zugang zu Schifffahrts- und Versicherungsanbietern ein. Die EU hat insgesamt mehr als 2.600 Personen und Unternehmen gelistet.

Ebenfalls durch die EU gelistet wurden weitere neun Personen und Organisationen, die Russlands Schattenflotte von Öltankern unterstützen, teilten der Rat der Europäischen Union und das Amtsblatt der EU mit und verwiesen dabei auf Geschäftsleute, die mit den Ölkonzernen Rosneft und Lukoil sowie mit Reedereien, die Tanker besitzen und verwalten, in Verbindung stehen. Bei den fünf Einzelpersonen handelt es sich um Geschäftsleute mit direkten oder indirekten Verbindungen zu den großen russischen Staatskonzernen Rosneft und Lukoil. Die betroffenen Reedereien haben ihre Unternehmenssitze in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Vietnam und Russland.

Zusätzlich werden weitere 43 Schiffe der russischen Schattenflotte gelistet, wodurch sich die Gesamtzahl auf etwa 600 Schiffe steigt. Es gehe darum, den Druck auf Russland weiter zu erhöhen, sagte EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas nach dem Treffen der EU-Außenminister laut „APA“. Man werde künftig die Liste der Schattenflotte-Tanker rollierend erweitern, so Kallas. Kallas bezweifelte, dass sich Russlands Präsident Wladimir Putin mit dem Donbass zufrieden geben würde. Falle der Donbass, werde Russland „definitiv weitermachen, um die ganze Ukraine einzunehmen“, sagte sie.

[EU imposes sanctions on oil traders with links to Russia's shipping network | Reuters](#)

[Russia's war of aggression against Ukraine: EU sanctions nine shadow fleet enablers - EU NEIGHBOURS east](#)

Hybride Bedrohungen: EU sanktioniert zwölf Personen und zwei Organisationen

Der Rat der EU hat am 15. Dezember beschlossen, angesichts der anhaltenden hybriden Aktivitäten Russlands, einschließlich ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme und böswilliger Cyberaktivitäten gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten und Partner, restriktive Maßnahmen gegen weitere zwölf Personen und zwei Organisationen zu erlassen.

Zu den Betroffenen gehört der ehemalige Schweizer Oberst Jacques Baud, wie die Berliner Zeitung berichtet. Laut EU-Ratsbeschluss tritt der 69-jährige Baud regelmäßig in „prorussischen“ Fernseh- und Radioprogrammen auf. Die EU-Behörden werfen ihm vor, Verschwörungstheorien zu verbreiten. In der Begründung heißt es, er behauptet etwa, die Regierung der Ukraine habe die Invasion Russlands in Kauf genommen, um ihre Chancen auf einen Beitritt zur Nato zu erhöhen. Der französische Geschäftsmann Xavier Moreau wurde ebenfalls auf die Liste gesetzt. Der 53-jährige ehemalige Offizier betreibt die Website Stratpol.com. Nach Angaben der EU verbreite er ähnliche Narrative über den Ukraine-Konflikt wie Baud.

Laut einer EU-Pressemitteilung sind vor allem bekannte Analysten für Außenpolitik betroffen, die in Institutionen, Denkfabriken und Universitäten tätig sind, die eng mit dem Politik- und Kommunikationsapparat des Kremls verbunden sind, sowie Influencer, die prorussische Propaganda und Verschwörungstheorien über die Invasion Russlands in die Ukraine sowie Narrative gegen die Ukraine und die NATO verbreiten. Einige von ihnen sind ehemalige Angehörige des Militärs oder der Polizei aus Westeuropa.

Unter den sanktionierten Personen befindet sich nach Angaben der Berliner Zeitung auch Fyodor Lukyanov, Chefredakteur des Onlineportals Russia in Global Affairs und Forschungsdirektor des Valdai Discussion Club, sowie Ivan Timofeev, Generaldirektor des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten.

Dmitry Suslov von der Higher School of Economics in Moskau habe 2024 in einer öffentlichen Äußerung eine „demonstrative nukleare Explosion“ als mögliche Option genannt, um nach seinen Worten „den Westen an die Gefahren eines Atomkriegs zu erinnern“, so die EU-Begründung.

Drei mutmaßliche Mitglieder der GRU-Einheit 29155 – Vladislav Borovkov, Denis Denisenko und Dmitry Goloshubov – wurden nach Angaben der Berliner Zeitung wegen angeblicher Cyberangriffe sanktionsiert. Die EU wirft ihnen vor, zwischen 2020 und 2024 an Attacken auf ukrainische Regierungssysteme beteiligt gewesen zu sein. Die Gruppe „Cadet Blizzard“ habe nach EU-Angaben auch Ziele in Mitgliedstaaten der Union und der Nato angegriffen.

Der Rat verhängt nach eigenen Angaben zudem Sanktionen gegen die Bewegung „International Russophile Movement“, die für die weltweite Verbreitung destabilisierender Narrative im Namen der russischen Regierung verantwortlich sei, sowie gegen das 142. Separate Bataillon für elektronische Kampfführung. Letzteres habe seinen Sitz in Kaliningrad und sei verantwortlich für den Einsatz von Technologien zur Störung aller Arten von Systemen für Kurzwellenkommunikation und für die Durchführung von Übungen der elektronischen Kampfführung im Zusammenhang mit den jüngsten Fällen von GPS-Signalausfällen in mehreren EU-Mitgliedstaaten.

Schließlich wurden nach Angaben der EU auch Mitglieder des russischen militärischen Nachrichtendienstes GRU, Einheit 29155, sowie der Cybergruppierung Cadet Blizzard in die Sanktions-Liste aufgenommen. Sie seien an Cyberangriffen auf Regierungsorganisationen in der Ukraine beteiligt gewesen und hätten auch EU-Mitgliedstaaten und NATO-Verbündete angegriffen, um sensible Informationen zu erhalten und ihre politische Lage zu destabilisieren.

Mit dem neuen Beschluss gelten die restriktiven Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands nun für 59 Einzelpersonen und 17 Organisationen. Ihre Vermögenswerte werden eingefroren, und es ist Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen aus der EU verboten, ihnen Gelder, Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Für natürliche Personen gilt zusätzlich ein Reiseverbot, das ihnen die Einreise in und die Durchreise durch das Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten verbietet.

[EU verhängt Sanktionen gegen Schweizer Ex-Oberst Baud, Franzosen und US-Amerikaner](#)

[Hybride Bedrohungen durch Russland: Rat verhängt Sanktionen gegen zwölf Personen und zwei Organisationen wegen Informationsmanipulation und Cyberangriffen - Consilium](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2568 des Rates vom 15. Dezember 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) 2024/2642 über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands](#)

[Beschluss \(GASP\) 2025/2572 des Rates vom 15. Dezember 2025 zur Änderung des Beschlusses \(GASP\) 2024/2643 über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands](#)

EU schafft neues Sanktionsinstrument gegen Belarus

Die Europäische Union hat am 15. Dezember ihre Sanktionsmöglichkeiten gegen das belarussische Regime ausgeweitet, wie die Agentur Reuters berichtet. Diese betreffen nun auch Handlungen, die als Untergrabung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der allgemeinen Sicherheit in den Mitgliedstaaten angesehen werden.

Mit dem neuen Sanktionsinstrument reagiert die EU auf das Eindringen von Wetterballons aus Belarus in den litauischen Luftraum, die in den letzten Monaten wiederholt den Flugverkehr gestört haben. „Das neue Kriterium wird es der EU ermöglichen, restriktive Maßnahmen gegen diejenigen zu verhängen, die ausländische Informationsmanipulationen und Einmischungen planen, leiten, unterstützen oder erleichtern“, erklärte der Rat der EU in einer Pressemitteilung.

„Die EU wird auch in der Lage sein, gegen das unbefugte Betreten des Hoheitsgebiets eines Mitgliedstaats vorzugehen“, heißt es weiter. Litauen hatte Anfang Dezember den Notstand ausgerufen und das Parlament um die Genehmigung militärischer Unterstützung für Polizei und Grenzschutz gebeten, nachdem eine Welle von Schmugglerballons aus Belarus wiederholt den Flugverkehr gestört hatte. Minsk hat jede Verantwortung für die Ballons zurückgewiesen und Litauen Provokationen vorgeworfen.

[EU erweitert Sanktionen gegen Belarus um hybride Aktivitäten | MarketScreener Deutschland](#)

EU friert russisches Vermögen dauerhaft ein – Klage der russischen Zentralbank

Die EU hat sich darauf geeinigt, das russische Zentralbankgeld auf europäischen Bankkonten dauerhaft festzusetzen. Am 12. Dezember stimmten 25 der 27 Mitgliedstaaten dafür, eine Rückübertragung von in der EU festgesetzten Mitteln nach Russland unbefristet zu verbieten, dies berichtet tagesschau.de. Dagegen votierten Ungarn und die Slowakei. Konkret geht es bei dem Vorhaben vor allem darum, zu verhindern, dass ein Land wie Ungarn mit einem Veto gegen EU-Sanktionsbeschlüsse die Freigabe der eingefrorenen Mittel veranlassen kann.

Für den Beschluss war anders als bei den bisherigen Sanktionsbeschlüssen keine Einstimmigkeit erforderlich, sondern lediglich eine qualifizierte Mehrheit der 27 EU-Regierungen, weil sich der Beschluss auf eine andere Rechtsgrundlage stützt. Um das russische Geld unbefristet festzusetzen, berufen sich Deutschland und die anderen EU-Staaten auf Artikel 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. In ihm ist festgelegt, dass bei gravierenden Wirtschaftsschwierigkeiten mit qualifizierter Mehrheit angemessene Maßnahmen beschlossen werden können.

Unmittelbar nach der Entscheidung reichte die russische Zentralbank an einem Moskauer Schiedsgericht eine Klage gegen die belgische Firma Euroclear ein. Sie verwaltet den Großteil des Vermögens, das wegen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine eingefroren ist. Die Klage hänge mit den „illegalen und verlustbringenden Handlungen“ des Depotverwalters Euroclear, aber auch mit den nun offiziell von der EU-Kommission erwogenen Mechanismen zur Nutzung russischen Vermögens zusammen, teilte die Zentralbank mit.

Euroclear äußerte sich auf Anfragen zu der Klage zunächst nicht. Ein Sprecher der Gesellschaft verwies jedoch auf die Tatsache, dass Euroclear „derzeit gegen mehr als 100 Rechtsansprüche in Russland kämpft“. Das russische Vorgehen wird von Experten als erster Schritt gesehen, um Gegenmaßnahmen gegen noch vorhandenes europäisches Kapital in Russland zu ergreifen. Die genaue Höhe der Forderungen bezifferte die russische Zentralbank nicht. Ihren Angaben zufolge setzt sich der Schaden aus dem Wert der eingefrorenen Mittel und Aktien sowie des entgangenen Gewinns zusammen.

Deutschland und andere EU-Staaten hatten sich darauf verständigt, per Mehrheitsentscheidung eine rechtliche Grundlage zur Nutzung von russischem Staatsvermögen für die Ukraine zu schaffen. Demnach soll in einem ersten Schritt beschlossen werden, eine Rückübertragung von in der EU festgesetzten Mitteln nach Russland unbefristet zu verbieten.

Auf den Euroclear-Depots sind etwa 185 der insgesamt 210 Milliarden Euro an russischen Vermögenswerten in der EU gelagert. Russland hat wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine keinen Zugriff auf die Mittel. Nach Angaben von Dmitri Grigorjani vom russischen Stolypin-Wirtschaftsinstitut gibt es umgekehrt auch Euroclear-Vermögen in Russland. Das Geld liege jedoch vor allem auf gesperrten Konten. Medienberichten zufolge sind es knapp 16 Milliarden Euro.

[Russische Zentralbank verklagt belgische Finanzfirma Euroclear | tagesschau.de](#)

EU-Gipfel zur Umwidmung russischer Zentralbankgelder – Ergebnis offen

Trotz des zunehmenden diplomatischen Drucks auf Belgien, nachzugeben, bekräftigt der belgische Ministerpräsident Bart De Wever weiterhin seine Ablehnung gegenüber den Plänen der Kommission, russisches Zentralbankgeld für die Ukraine einzusetzen. Der belgische Politiker argumentiert unter anderem in einem Schreiben an die EU-Kommission, dass der Plan der Kommission ein Friedensabkommen in der Ukraine blockieren würde. Dies berichtet Politico. Wenn der Plan der EU nicht umgesetzt werde, könnten die russischen Vermögenswerte stattdessen als Verhandlungsmasse genutzt werden, um Moskau an den Verhandlungstisch zu bringen, anstatt an Kiew ausgezahlt zu werden. „Eine übereilte Umsetzung des vorgeschlagenen Reparationskreditprogramms hätte als Kollateralschaden zur Folge, dass wir als EU ein letztendliches Friedensabkommen effektiv verhindern würden“, schrieb De Wever in seinem Brief.

„In dem sehr wahrscheinlichen Fall, dass Russland letztendlich nicht offiziell die unterlegene Partei ist, wird es, wie die Geschichte in anderen Fällen gezeigt hat, zu Recht die Rückgabe seiner Staatsvermögen fordern“, so De Wever weiter in dem Brief. Der belgische Politiker bekräftigte, dass das Darlehen Chaos auf den Finanzmärkten der EU auslösen und die EU-Steuerzahler dazu zwingen würde, den gesamten Betrag zurückzuzahlen, wenn die Vermögenswerte an Russland zurückgegeben würden.

Anstatt die russischen Reserven anzuzapfen, schlug De Wever vor, dass die Europäische Kommission gemeinsame Schulden in Höhe von 45 Milliarden Euro aufnehmen sollte, um den Finanzbedarf der Ukraine im Jahr 2026 zu decken – eine Idee, die bei den meisten EU-Regierungen unbeliebt ist, da sie die Verwendung von Steuergeldern beinhaltet.

Der belgische Politiker bekräftigte seine Position und erklärte, er würde dem Darlehen nur zustimmen, wenn die Regierungen sich bereit erklären, den gesamten Betrag sofort zu zahlen, falls Russland die Vermögenswerte zurückfordert. „Ich werde nur zustimmen, wenn diese Garantien, wie oben festgelegt, zum Zeitpunkt der Entscheidung von den Mitgliedstaaten abgegeben und unterzeichnet werden“, schrieb er.

Das in Brüssel präsentierte Konzept sieht laut Spiegel-online vor, in der EU festgesetzte Gelder der Zentralbank für Darlehen in Höhe von bis zu 210 Milliarden Euro an die Ukraine zu verwenden. Deren Finanzbedarf wurde zuletzt allein für die kommenden beiden Jahre auf 135,7 Milliarden Euro geschätzt. Bis Ende 2027 könnten nach Kommissionsangaben bis zu 90 Milliarden Euro aus dem sogenannten Reparationsdarlehen kommen. „Da Druck die einzige Sprache ist, auf die der Kreml reagiert, können wir ihn auch erhöhen“, sagte von der Leyen. Sie habe den Plan US-Finanzminister Scott Bessent vorgestellt, der ihn „positiv aufgenommen“ habe.

Wie die Nachrichtenagentur dpa unter Berufung auf EU-Beamte berichtet, ist neben Frankreich, Schweden und Zypern auch Deutschland ein möglicher Geber von russischem

Staatsvermögen. Das meiste Geld soll aber in Belgien liegen. Das vom belgischen Finanzinstitut Euroclear verwaltete russische Zentralbankvermögen wird auf rund 185 Milliarden Euro beziffert. Als Alternative zu dem Plan legte von der Leyen zudem einen konkreten Vorschlag für die Aufnahme neuer EU-Schulden für die Ukraine vor. Dies wiederum lehnen zahlreiche EU-Länder ab.

Ihre Ablehnung begründet die belgische Regierung bislang mit rechtlichen und finanziellen Risiken. Dabei sieht sie auch die Gefahr, dass Russland Vergeltung üben und europäische Privatpersonen und Unternehmen in Russland enteignen könnte. Um der belgischen Regierung Sorgen zu nehmen, präsentierte von der Leyen Vorschläge für Schutzmechanismen. Die Details sollen aber erst nach Beratungen der Mitgliedstaaten bekannt gemacht werden.

Nachdem im Oktober keine Einigung zu dem Thema auf EU-Ebene erzielt werden konnte, wollen die Staats- und Regierungschefs der EU die heikelsten Fragen auf ihrem Gipfeltreffen am 18. Dezember klären. Die Mehrheit der EU-Länder unterstützt das Darlehen. Am 5. Dezember war Bundeskanzler Friedrich Merz eigens zu einem Treffen mit de Wever nach Belgien gereist, um Zustimmung zu erreichen. Merz sieht darin einen zentralen Hebel, um, erstens Kyjiw neue Sicherheit zu geben und, zweitens Europa zusätzliches Gewicht in den aktuell von US-Amerikanern und Russen dominierten Verhandlungen zu verleihen. Im Rahmen des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums am 15. Dezember in Berlin nannte Merz die Verständigung über die Nutzung russischer Zentralbankgelder eine „Schlüsselfrage“ für die Handlungsfähigkeit der EU.

Unterdessen berichtet das US-Magazin „Politico“ unter Berufung auf vier EU-Beamte: „Vertreter der Trump-Regierung haben die europäischen Regierungen – zumindest diejenigen, die sie als besonders freundlich betrachten – dazu gedrängt, den Plan abzulehnen, russische Vermögenswerte in Höhe von 210 Milliarden Euro zur Finanzierung der Ukraine zu verwenden.“

„Die amerikanische Einflusskampagne, in deren Rahmen Vertreter der Trump-Regierung Brüssel umgangen und hinter den Kulissen mit Regierungen verhandelt haben, hat dazu geführt, dass Italien, Bulgarien, Malta und Tschechien sich der Gruppe der abweichenden Länder angeschlossen haben“, heißt es in dem „Politico“-Bericht weiter.

Die Chancen für einen Deal stehen dem Bericht zufolge schlecht. Einem zuvor geleakten Plan zufolge, den die USA und Russland erstellt haben, soll das Vermögen in Teilen für einen US-geführten Wiederaufbau ausgegeben werden. Präsident Donald Trump erhofft sich also Geschäfte. Das Weiße Haus wies den „Politico“-Bericht laut Tagesspiegel allerdings inzwischen zurück und bezeichnete die anonymen Quellen als unseriös. Laut einer Sprecherin gehe es den USA ausschließlich darum, Frieden in der Ukraine zu erreichen.

[EU plans to treat Belgium like Hungary if it doesn't back Ukraine loan – POLITICO](#)

[Belgium shoots down EU offer to unblock Russian assets stalemate – POLITICO](#)

[Belgium's De Wever dials up opposition to Russian frozen assets deal – POLITICO](#)

[Ukraine-Krieg: EU legt Plan zur Nutzung russischer Vermögen vor - DER SPIEGEL](#)

[US-Magazin „Politico“ berichtet: Trump will wohl verhindern, dass das eingefrorene russische Vermögen an die Ukraine geht](#) (Paywall)

[Belgiens Bauchschmerzen: Der Streit um den Ukraine-Kredit | BR24](#)

EU einigt sich auf Ausstieg aus russischen Gasimporten

Die Europäische Union wird die Importe von russischem Gas dauerhaft stoppen. Zudem arbeitet sie auf eine schrittweise Einstellung der Einfuhr von russischem Öl hin. Auf diese Entscheidung, die die Abhängigkeit der EU von Russland beenden soll, haben sich laut einer Pressemitteilung der EU-Kommission Europäisches Parlament und Rat politisch geeinigt.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begrüßte demnach die Entscheidung: „Heute treten wir in eine Ära der vollständigen Energieabhängigkeit Europas von Russland ein. REPowerEU hat geliefert. Es hat uns vor der schlimmsten Energiekrise seit Jahrzehnten bewahrt und uns dabei geholfen, in Rekordzeit von russischen fossilen Brennstoffen wegzukommen. Heute stellen wir diese Importe endgültig ein. Indem wir Putins Kriegskasse leeren, zeigen wir Solidarität mit der Ukraine und richten unseren Blick auf neue Energiepartnerschaften und Chancen für den Sektor.“

Die Vereinbarung sieht ein schrittweises, aber dauerhaftes Ende der russischen Gaseinfuhren vor, wobei die LNG-Einfuhren bis zum 31. Dezember 2026 und die Pipeline-Gaseinfuhren bis zum 30. September 2027 eingestellt werden sollen. In Ausnahmefällen könnten Mitgliedstaaten diese Frist allerdings bis zum 31. Oktober 2027 verlängern, wenn ihre Speicherfüllstände unter den erforderlichen Füllmengen liegen.

Gemäß der Vereinbarung müssen die Mitgliedstaaten bis zum 1. März 2026 nationale Diversifizierungspläne vorlegen, in denen Maßnahmen zur Diversifizierung ihrer Gas- und Ölversorgung dargelegt werden. Außerdem müssen sie der Kommission innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung mitteilen, ob sie russische Gaslieferverträge abgeschlossen haben oder nationale gesetzliche Verbote bestehen. Ein Gesetzesvorschlag zum Verbot russischer Ölimporte werde Anfang nächsten Jahres vorgelegt.

Nach dieser politischen Einigung muss der Text nach Angaben der EU noch in alle EU-Sprachen übersetzt und anschließend vom Europäischen Parlament und vom Rat förmlich gebilligt werden. Die Annahme im Rat bedarf der qualifizierten Mehrheit. Nach dieser förmlichen Annahme werde der Text im Amtsblatt veröffentlicht.

[EU agrees to permanently stop Russian gas imports and phase out Russian oil](#)

UniCredit vor Abschied aus Russland?

Die italienische UniCredit, eine der letzten großen westlichen Banken, die noch in Russland tätig sind, hat offenbar konkrete Schritte zum Rückzug aus dem Land unternommen, wie die russische Wirtschaftszeitung Kommersant nach Informationen des OstInsider Daily berichtet. Mehrere Führungskräfte seien zurückgetreten, und die Gruppe verkaufe lokale Vermögenswerte, schreibt auch die „Moscow Times“.

Gleichzeitig habe die UniCredit Group fast das gesamte langfristige Portfolio von UniCredit Leasing an das russische Unternehmen PR-Leasing verkauft. Der Zeitung „Kommersant“ zufolge wurden Verträge im Wert von 39 Millionen US-Dollar übertragen, wobei der verbleibende Teil voraussichtlich bald beglichen wird. „Der gleichzeitige Abgang wichtiger Top-Manager und der Verkauf eines bedeutenden Vermögenswerts sind ein klares Zeichen dafür, dass sich die Bank auf einen vollständigen Rückzug aus dem Land vorbereitet“, sagte Oleg Abelev, Leiter der Analyseabteilung bei Rikom-Trust, gegenüber „Kommersant“.

19. Sanktionspaket gegen Russland – Weitere Details

Die EU-Kommission hat weitere Details zum im Oktober erlassenen 19. Sanktionspaket gegen Russland veröffentlicht:

Sanktionsmaßnahmen bei E-Geld

Da Russland zunehmend Kryptoanlagen zur Umgehung von Sanktionen einsetzt, sind fortan Transaktionen mit dem Stablecoin A7A5 in der gesamten EU verboten. Sanktioniert wurden auch der Entwickler des rubelgedeckten Tokens, der kirgisische Stablecoin-Emissar Old Vector und der Betreiber der Plattform Grinex, auf der erhebliche Mengen von A7A5 gehandelt werden. Seit dem 25. November ist zudem die Nutzung der internationalen digitalen Geldbörse Payeer untersagt und ab dem 25. Januar 2026 jegliche Zusammenarbeit mit dem russischen Mir-Kartenzahlungssystem sowie dem System für schnelle Zahlungen (Fast Payments System, SBP).

Sonderwirtschaftszonen

Erhebliche Beschränkungen gelten fortan auch für Wirtschaftsbeziehungen zu Unternehmen, die in neun russischen Sonderwirtschaftszonen (SWZ) tätig sind. Betroffen sind die tatarischen SWZ in Alabuga und Innopolis, das Moskauer Technopolis sowie Skolkowo bei Moskau. EU-Bürgern ist es untersagt, für in SWZ ansässige Unternehmen tätig zu sein. Das 19. Sanktionspaket verbietet neue Beteiligungen und Gründungen von Gemeinschaftsunternehmen und die Bereitstellung von Finanzmitteln für SWZ-Unternehmen sowie den Abschluss neuer Verträge mit solchen Firmen. Verboten ist auch die Aufrechterhaltung von Verträgen mit SWZ-Unternehmen sowie jegliche Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen. Allerdings sind Ausnahmen vorgesehen, um unerwünschte Auswirkungen dieser Verbote zu verhindern. Im Fall der SWZ Alabuga und Technopolis

wird dieses Verbot ab dem 25. Januar 2026 auch auf bereits bestehende Verträge ausgeweitet.

Warenverbote

Das bereits bestehende EU- Ausfuhrverbot nach Russland wurde mit dem neuen Sanktionsbeschluss auf elektronische Bauteile, technische Geräte für Foto- und Videografie, Entfernungsmesser, Chemikalien für die Herstellung von Treibstoffen sowie zusätzliche Metalle, Oxide und Legierungen für militärische Systeme ausgeweitet. Salze und Erze, Gummierzeugnisse, Rohre/Schläuche, Reifen, Mühlsteine und Baumaterialien unterliegen ebenfalls strengerem Ausfuhrbeschränkungen. Der Grund dafür ist, dass „sie für den militärisch-industriellen Komplex umgenutzt werden“, erklärte dazu laut Politico ein Beamter. Die EU hat außerdem die Ausfuhr von Kunstwerken, Sammlerstücken und Antiquitäten nach Russland verboten. Weiter ist der Export von Sanitärarmaturen, Rosen, Azaleen und Zichorien, Pflanzen zu Dekorationszwecken und Spielzeug mit Motor untersagt worden. Auch der Kauf, Einfuhr oder Verbringung der für die Petrochemie wichtigen acyclischen Kohlenwasserstoffe aus Russland in die EU sind künftig nicht mehr erlaubt.

Verlängert wird auch das Transitverbot durch Russland für diese Produkte.

Zentralasiatische Banken

Im Rahmen ihres 19. Sanktionspakets gegen Russland hat die Europäische Union mehrere Finanzinstitute in Zentralasien auf die Sanktionsliste gesetzt. Betroffen sind unter anderem zwei Banken in Kirgisistan (Tolubay Bank, Eurasian Savings Bank), drei in Tadschikistan (Spitamen, Dushanbe City Bank, Commercial Bank of Tajikistan) sowie die kasachische Filiale der VTB Bank. Laut EU-Rat sollen die Institute bei der Umgehung von Sanktionen gegen Russland mitgewirkt haben und unterliegen daher einem Transaktionsverbot. Die Maßnahmen folgen auf Berichte über Finanzströme, die über Banken in Zentralasien zur Umgehung westlicher Beschränkungen genutzt wurden.

[More Central Asian Banks Sanctioned by the EU – The Diplomat](#)

EU-Dokumente zum 19. Sanktionspaket

Übersicht aller Dokumente:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Dort zu finden sind auf Deutsch die folgenden Dokumente:

[Verordnung \(EU\) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2025/2037 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen,](#)

die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen (Sanktionierte Personen und Unternehmen)

Sanktionen gegen Belarus:

Verordnung (EU) 2025/2041 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine

Durchführungsverordnung (EU) 2025/2039 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine

Weitere Informationen der EU:

EU verabschiedet 19. Sanktionspaket gegen Russland*

EU-Staaten beschließen 19. Sanktionspaket gegen Russland - Vertretung in Deutschland

Aktuelle Frequently Asked Questions zu den EU-Sanktionen:

Die FAQ zu den EU-Sanktionen wurden zuletzt am **17. Dezember** aktualisiert:

Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.

4. Russland

Neue Sanktionen senken den Exportpreis für russisches Öl

Die westlichen Sanktionen gegen russische Ölkonzerne entfalten Wirkung. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des Institute for Emerging Economies der Bank of Finland (BOFIT). Ende Oktober hat die USA die beiden größten Ölproduzenten Russlands, das staatliche Unternehmen Rosneft und das private Unternehmen Lukoil, auf ihre überarbeitete Sanktionsliste gesetzt. Die Gesamtproduktion von Rosneft und Lukoil macht etwa die Hälfte der russischen Ölproduktion aus. Die Aufnahme in die Sanktionsliste bedeutet, dass jede geschäftliche Transaktion mit Rosneft, Lukoil oder deren Tochtergesellschaften von den US-Behörden als Straftat angesehen werden kann. Mit wenigen Ausnahmen trat das Verbot von Geschäften mit diesen Unternehmen nach einer 30-tägigen Übergangsfrist am 21. November in Kraft. Am 4. Dezember gewährte das US-Finanzministerium Lukoil nochmals eine Verlängerung, um den Verkauf seiner Tankstellen außerhalb Russlands zu verhandeln. Andernfalls könnten Unternehmen oder Personen, die weiterhin Geschäfte mit diesen Unternehmen tätigen, sekundären Sanktionsmaßnahmen ausgesetzt sein.

Die Ölgesellschaften GazpromNeft und Surgutneftegaz wurden bereits im Januar auf die US-Sanktionsliste gesetzt. Surgutneftegaz wurde im Mai auch auf die Sanktionsliste der EU gesetzt. Damit stammen aktuell über 70 Prozent der gesamten Ölproduktion Russlands aus Ölfeldern, die von sanktionierten Unternehmen betrieben werden, rechnet BOFIT vor. Der Zweck der Sanktionen besteht darin, Raffinerien, die mit den auf der Liste stehenden Unternehmen Geschäfte machen, unter Druck zu setzen, damit sie den Kauf russischer Rohstoffe einstellen.

Während die Reaktionen der großen Abnehmer aus Indien und China noch etwas unklar seien, ist der Marktpreis für russisches Rohöl seit November deutlich gesunken. Russlands Flaggschiff-Rohöl Urals ist bis Mitte Dezember auf 37 Dollar pro Barrel gefallen, den niedrigsten Stand seit 2020, da US-Sanktionen und der wachsende Wettbewerb auf den asiatischen Märkten die Preise stark nach unten drücken, so Analysten. Analysten von Reflex, einem führenden polnischen Energieberatungsunternehmen, berichteten, dass der jüngste Rückgang der russischen Rohölpreise auf neue US-Sanktionen zurückzuführen sei, die Ende November in Kraft traten, weil der russische Präsident Wladimir Putin sich den Forderungen nach einer Beendigung des Krieges in der Ukraine widersetzt habe. Das Unternehmen fügte hinzu, dass der Preis für Urals-Rohöl auf Jahresbasis um 25,78 US-Dollar pro Barrel gefallen ist. Im gleichen Zeitraum sank der Preis für Brent-Rohöl um 11,53 US-Dollar pro Barrel. Reflex stellte fest, dass russisches Öl derzeit mit einem erheblichen Preisnachlass gehandelt wird. „Derzeit ist russisches Urals-Rohöl 25 US-Dollar pro Barrel billiger als Brent“, so die Analysten.

Analysten berichten gleichzeitig, dass das russische Ölexportvolumen nur leicht zurückgegangen ist, aber die Menge an Öl, die in Tankern auf See auf Käufer wartet, erheblich zugenommen hat. Darüber hinaus werde russisches Öl für den Export zunehmend auf Schiffe verladen, ohne dass der Bestimmungsort der Ladung oder der endgültige Käufer angegeben werden. Es könnte Monate dauern, bis sich die Marktsituation stabilisiert.

Die Ölexportmengen hätten allerdings keinen direkten Einfluss mehr auf die Einnahmen des öffentlichen Sektors in Russland, schreibt BOFIT. Nach der Abschaffung der Exportsteuer zahlten die Ölproduzenten nun eine Fördersteuer auf Basis der Gesamtfördermengen. Die Ölfördersteuer machte in den letzten Jahren 25 bis 30 Prozent der Einnahmen des Bundeshaushalts aus. Die Höhe der Fördersteuer hänge vom durchschnittlichen Exportpreis für russisches Rohöl ab. Angesichts des Rückgangs der Ölpreise wird deshalb erwartet, dass die Steuereinnahmen deutlich hinter dem diesjährigen Haushaltssziel zurückbleiben werden. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres gingen die Einnahmen aus der Produktionssteuer im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent zurück. Der ursprüngliche Haushalt ging von einem durchschnittlichen Exportpreis von 70 Dollar pro Barrel aus, aber der tatsächliche Durchschnittspreis lag wahrscheinlich bei etwa 60 Dollar pro Barrel. Die Exportpreise sind im November erheblich gefallen, was den Druck auf den russischen Haushalt weiter erhöht hat.

Nach letzten Informationen zeigen sich Indiens Importe von russischem Rohöl trotz der westlichen Sanktionen widerstandsfähig. Dies berichtet Modern Diplomacy am 17. Dezember. Handels- und Raffineriequellen schätzen, dass die Lieferungen im Dezember 1 Million Barrel pro Tag übersteigen werden, nachdem sie im November insgesamt 1,77 Millionen Barrel pro Tag betragen. Der anhaltende Fluss werde durch nicht sanktionierte russische Unternehmen unterstützt, die hohe Rabatte anbieten, sowie durch staatliche Raffinerien wie Indian Oil Corporation, Bharat Petroleum und Hindustan Petroleum, die ihre Einkäufe wieder auf das Niveau vor den Sanktionen angepasst haben. Die Importe dürften im Dezember und möglicherweise auch im Januar nach Einschätzung von Modern Diplomacy robust bleiben, obwohl einige Raffinerien wie Reliance und Hindustan Petroleum ihre Einkäufe vorübergehend aussetzen, was zu einem leichten Rückgang der Mengen führen könnte. Analysten würden weiter beobachten, ob nicht sanktionierte russische Unternehmen ihre Exporte nach Indien ausweiten können, ohne gegen die westlichen Sanktionen zu verstößen, und wie sich die Handelsspannungen zwischen den USA und Indien infolgedessen entwickeln.

[Russian Urals oil hits its lowest price since 2020, say analysts](#)

[India's Russian Oil Imports Defy Sanctions, Remain Near Record Levels - Modern Diplomacy](#)

[New sanctions reduce export price of Russian oil](#)

Russlands Abhängigkeit von wenigen Ländern führt zu hohen Kosten

Die Wirksamkeit westlicher Sanktionen gegen Russland ist oft infrage gestellt worden, auch weil andere Länder Moskau helfen, diese zu umgehen. Indien und China zum Beispiel haben in den vergangenen Jahren Rekordmengen an russischem Rohöl (zu stark reduzierten Preisen) gekauft und so die russische Kriegswirtschaft aufrechterhalten. Und Peking liefert Moskau weiterhin Maschinen und mechanische Güter, die auch militärischen Nutzen haben.

Doch seine Abhängigkeit von diesen wenigen Partnern kommt Russland teuer zu stehen. Die Preise für exportkontrollierte Produkte, die von China nach Russland geliefert wurden, stiegen zwischen 2021 und 2024 um durchschnittlich 87 Prozent, wie aus einer Studie des Instituts für Schwellenländer der Bank von Finnland (Bofit) hervorgeht. Die Preise für ähnliche Waren, die an andere Länder geliefert wurden, stiegen nur um neun Prozent. Das berichtet die „Financial Times“.

Demnach zahlte Russland 2024 mehr als doppelt so viel für Hubkolbenmotoren und Kegelrollenlager aus China wie noch 2021. Der Preis für Kreiselpumpen sei im gleichen Zeitraum um mehr als 140 Prozent gestiegen. Mit Folgen: Die Menge der nach Russland exportierten Kugellager aus China sank zwischen 2021 und 2024 um 13 Prozent, wie das Bofit berechnet.

Und China steht nicht allein da: Anhand von Daten aus 14 Ländern schätzen die Forscher, dass der durchschnittliche Preis für Waren nach Russland, die Exportkontrollen unterliegen, zwischen 2021 und 2024 um 75 Prozent stieg, während er für andere Importe unverändert blieb.

Zwar sei es dem Westen lieber, wenn Russlands militärisch-industrieller Komplex von seinen Lieferanten abgeschnitten würde, zitiert die „FT“ einen „hochrangigen westlichen Sanktionsbeamten“. Es sei aber ein ziemlich gutes Ergebnis, wenn chinesische Unternehmen sie ausnehmen: „Wenn man den Preis einer Ware um 80 Prozent erhöht, halbiert man fast das, was sie tatsächlich kaufen können.“

Lukoil sucht Käufer

Das russische Energieunternehmen Lukoil plant, seine internationalen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Grund dafür sind die anhaltenden westlichen Sanktionen gegen Russland, berichtet die Agentur Reuters. Diese Sanktionen erschweren Lukoil den Zugang zu internationalen Märkten und Investitionen. Das Unternehmen erklärte, dass es sich auf den russischen Markt konzentrieren möchte. Lukoil besitzt derzeit Beteiligungen und Anlagen in mehreren Ländern außerhalb Russlands. Die Sanktionen betreffen unter anderem den Finanzsektor und die Energieindustrie. Lukoil sieht den Verkauf als strategischen Schritt zur Stabilisierung seiner Geschäfte. Das Unternehmen betonte, dass es weiterhin seine Verpflichtungen gegenüber Partnern erfüllen will. Der genaue Zeitplan und die Details der Verkäufe wurden noch nicht bekannt gegeben. Die Entscheidung zeigt, wie stark russische Firmen unter dem internationalen Druck stehen.

Die Auslandsaktiva des größten privaten Ölkonzerns Russlands dürften rund 10 Milliarden Dollar wert sein. Das schätzen übereinstimmend die Unternehmensberatung Kasatkin Consulting und die Investmentfirma Alfa-Capital laut einem Bericht der Tageszeitung Isvestia. Die Experten erwarten, dass Lukoil für seine Aktiva in westlichen Ländern einen Abschlag von bis zu 70 Prozent des Marktwerts gewähren muss. In „neutralen“ und „befreundeten“ Ländern dürfte der Preisnachlass bis zu 50 Prozent betragen.

Zu den Auslandsaktiva von Lukoil gehören drei Raffinerien in EU-Ländern, rund 2400 Tankstellen, hauptsächlich in EU-Ländern und auf dem Balkan, sowie Beteiligungen an Förderprojekten in GUS-Ländern, dem Irak, Mexiko und Afrika.

Laut einem Bericht von Reuters hat der ungarische Ölkonzern MOL gegenüber US-Beamten Interesse am Erwerb einiger internationaler Vermögenswerte des russischen Ölkonzerns Lukoil bekundet und sich damit einer wachsenden Liste potenzieller Käufer angeschlossen.

Vor Ablauf der von den USA gesetzten Frist am 13. Dezember liefen Gespräche mit den Ölkonzernen ExxonMobil und Chevron sowie mit Investoren aus dem Nahen Osten. Die Vereinigten Staaten haben den Schweizer Händler Gunvor als Käufer bereits abgelehnt, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Die in Wien ansässige internationale Tochtergesellschaft von Lukoil besitzt europäische Raffinerien, Anteile an Ölfeldern in Kasachstan, Usbekistan, Irak und Mexiko sowie Hunderte von Tankstellen weltweit. Eine Quelle sagte, MOL habe europäische Raffinerien und Tankstellen sowie Anteile an Upstream-Anlagen in Kasachstan und Aserbaidschan im Visier. Die Quellen wollten aufgrund der Sensibilität der Verhandlungen nicht namentlich genannt werden.

(siehe auch Kapitel USA)

[Дочерний экспресс: зарубежные активы «Лукойла» могут быть проданы за треть их стоимости | Статьи | Известия](#)

[Russia's Lukoil says it plans to sell international assets due to Western sanctions | Reuters](#)

[OID+: Auch MOL an Lukoil-Vermögenswerten interessiert - ExportManager Online +](#)

Grauimporte von Autos sinken – aber deutsche Hersteller steigern Anteile

Über den Parallelimport sind in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres 143.800 Pkw nach Russland gelangt, 14 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Das teilte laut einem Bericht des russischen Kommersant der Branchenanalyst Awtostat mit. Im November waren es 32.000 Fahrzeuge, was der bisher höchste Wert 2025 war. Davon wurden 23.800 Fahrzeuge von Privatpersonen und nicht von offiziellen Händlern eingeführt.

Am häufigsten gelangten laut dem Bericht in diesem Jahr bisher Autos von Toyota über die erlaubten Grauimporte nach Russland. Mit 25.600 Fahrzeugen legte die japanische Marke im Jahresvergleich um 34 Prozent zu. Es folgten Geely aus China mit 15.500 Autos, was 35 Prozent weniger als im Vorjahr waren, und BMW mit 15.200 Autos, ein Plus von 31 Prozent. Mercedes lag mit 8560 Autos (+25 Prozent) auf Platz 5, hinter dem chinesischen Lixiang, das trotz eines Rückgangs um 57 Prozent noch auf 9200 Stück kam.

Zum Vergleich: Der russische Automarkt insgesamt ist von Januar bis November laut Awtostat um 17,8 Prozent im Jahresvergleich auf 1,19 Mio. verkaufte Neuwagen zurückgegangen.

Sanktionsumgehung über Hongkong

Die NGO Trap Aggressor veröffentlichte im Oktober einen Analysebericht, in dem detailliert beschrieben wird, wie Hongkong zu einem wichtigen Umschlagplatz für Russlands Umgehung westlicher Sanktionen geworden ist. Der Bericht untersucht, wie eine Gerichtsbarkeit mit einem laxen Regulierungsrahmen, schnellen Unternehmensregistrierungsverfahren und Zugang zu globalen Finanzmitteln genutzt wird, um sanktionierte Güter mit doppeltem Verwendungszweck – von Mikroelektronik bis hin zu hochpräzisen Geräten – an den militärisch-industriellen Komplex Russlands zu liefern. Die Untersuchung stützt sich auf Handels- und Zolldaten aus den Jahren 2024 bis 2025, Unternehmensregister, offene Quellen und Materialien, die von Partnerorganisationen zur Verfügung gestellt wurden.

Wichtige Ergebnisse:

- 55 in Hongkong ansässige Unternehmen exportierten Güter mit doppeltem Verwendungszweck im Wert von über 55 Millionen US-Dollar nach Russland.
- 54,4 Prozent des Gesamtwerts entfielen auf taiwanesische Elektronikprodukte – Mikrochips, Netzwerkausrüstung und Präzisionstechnologien verschiedener globaler Hersteller.
- 38 Prozent dieser Unternehmen wurden nach Beginn der groß angelegten Invasion gegründet.
- Nur 30,9 Prozent unterliegen derzeit Sanktionen.
- Über 20 Prozent der Gründer sind Staatsbürger Russlands oder anderer ehemaliger Sowjetstaaten.

[Trap Aggressor presents a new study: “Hong Kong and Sanctions Evasion: Russia’s Use of the Region’s Unique Status” - Trap Aggressor](#)

[Hong-Kong-and-Sanctions-Evasion.pdf](#)

5. USA

USA erwirken Freilassung politischer Gefangener in Belarus

Belarus hat am 13. Dezember überraschend 123 politische Gefangene freigelassen, darunter mehrere führende Oppositionelle wie Maria Kolesnikowa, Viktor Babariko, Maxim Snak und der Friedensnobelpreisträger Ales Beljazki. Die Freilassung sei im „Rahmen der mit US-Präsident Donald Trump getroffenen Vereinbarungen und auf dessen Bitte hin“ erfolgt, teilte der belarussische Pressedienst in Minsk mit.

Viele der Freigelassenen saßen bereits mehrere Jahre in Belarus in Haft, mussten brutale Misshandlungen und Folter ertragen, wie sie laut einem Bericht des Deutschlandfunk nach ihrer Freilassung berichteten. Unter den Freigelassenen waren neben Oppositionellen auch Journalisten. Die meisten, nämlich 114 Personen, wurden in die Ukraine gebracht, die übrigen neun, darunter Beljazki, nach Litauen. Die Freilassung am 13. Dezember war bereits die dritte in diesem Jahr. In allen Fällen war die US-Regierung beteiligt, wie der Deutschlandfunk berichtet. Insgesamt kamen dabei durch die Vermittlung Washingtons weit mehr als 200 politische Gefangene frei.

Medienberichte betonen bezüglich der Maßnahme die Bedeutung der Wirtschaftssanktionen gegen Belarus. Die Freilassung der politischen Gefangenen ist aus Sicht des Grünen-Europaabgeordneten Sergej Lagodinski oder der Politologin Olga Dryndova keine humanitäre Geste. Vielmehr habe der belarussische Machthaber mit den prominenten Oppositionellen sein „stärkstes politisches Kapital“ eingesetzt, um die wirtschaftliche und politische Isolation seines Landes zu beenden. So hoben die USA im Gegenzug für die Freilassungen Sanktionen gegen die belarussische Kalidüngemittelindustrie auf. Die Sanktionen waren seit 2021 wegen Menschenrechtsverletzungen verhängt worden. Die Düngemittelproduktion ist für Belarus von großer Bedeutung.

Zugleich nutze Lukaschenko die Verhandlungen und den Deal mit den USA, um seine Legitimität gegenüber dem eigenen Staatsapparat und international zu stärken, so die Einschätzung von Dryndova. Damit könnte die Hoffnung verbunden sein, dass die USA Druck auf die EU ausüben, damit diese ihre Isolationspolitik und Sanktionen gegenüber seinem Land ebenfalls lockern. Möglicherweise sei das Abkommen aber auch der Versuch Lukaschenkos, mehr Unabhängigkeit und Gewicht gegenüber Russlands Präsident Wladimir Putin zu erlangen und sich die Rolle eines Vermittlers bei den Verhandlungen um einen Frieden in der Ukraine zu sichern.

Für die belarussische Philosophin Olga Shparaga sind die Freilassungen verbunden mit neuer Hoffnung und Motivation weiterzukämpfen. „Ich hoffe sehr darauf, dass diese Befreiungen von Menschen neue Ideen, neue Impulse, neue Gefühle mitbringen“, sagte Shparaga im Deutschlandfunk. Noch ist auch unklar, welche Länder die Freigelassenen aufnehmen werden – mit Ausnahme von Kolesnikowa und Babariko. Diesen hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) bereits eine Aufnahme in Deutschland zugesagt.

Laut Angaben der belarussischen Menschenrechtsorganisation Wesna sind weiterhin noch mehr als 1100 Menschen aus politischen Motiven in Belarus inhaftiert. Es könnten auch weit mehr sein, da diese Angaben nur die namentlich Bekannten berücksichtigen. Zudem würden ständig neue politische Gefangene inhaftiert. Der Sondergesandte des US-Präsidenten für Belarus, John Coale, sagte in Minsk, er erwarte die Freilassung weiterer rund 1000 Menschen. Man sei auf dem richtigen Weg.

[Belarus: Warum Kolesnikowa, Babariko und Beljazki freikamen](#)

[ARD-Korrespondentin zu Belarus: "Man sieht, dass Belarus unter den Sanktionen leidet"](#) | [tagesschau.de](#)

[Ende von US-Sanktionen gegen Belarus: Lukaschenko will die Welt mit Dünger beglücken](#) | [taz.de](#)

US-Ausnahmen für Flugzeuge des belarussischen Präsidenten und Düngemittel

Das Office of Foreign Asset Control hat neue Sanktionsausnahmen für Belarus gewährt. General License Nr. 13 betrifft die Genehmigung von Transaktionen, an denen die Aktiengesellschaft Belarusian Potash Company, Agrorozkvit LLC und Belaruskali OAO beteiligt sind. Eine weitere General License betrifft drei Flugzeuge, die der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko nutzt.

General Licenses:

[download](#)

[download](#)

Kommen jetzt Sanktionen gegen Drittländer?

US-Präsident Donald Trump hat laut Medienberichten erstmals seine Unterstützung für einen Gesetzesentwurf in Aussicht gestellt, der Sanktionen gegen Handelspartner von Russland vorsieht. Ein solcher Gesetzesentwurf sei „in Ordnung für mich“, sagte Trump einem Bloomberg-Bericht zufolge am 16. November.

„Die Republikaner bringen gerade Gesetze ein, die sehr harte Sanktionen und so weiter gegen jedes Land vorsehen, das Geschäfte mit Russland macht“, erklärte der US-Präsident. „Vielleicht fügen sie noch den Iran hinzu, wie ich vorgeschlagen hatte“, sagte Trump weiter. Nähere Angaben zu den geplanten Strafmaßnahmen machte er nicht.

Das Gesetz würde es Trump ermöglichen, Zölle von bis zu 500 Prozent auf Importe aus Ländern zu erheben, die russisches Öl oder Gas kaufen. Demnach ziele ein solcher Plan insbesondere auf große Verbraucher russischer Energie ab, darunter China und Indien.

Der Mehrheitsführer im Senat, John Thune hatte bereits im Oktober gesagt, er sei bereit, über ein Gesetz abstimmen zu lassen, das unter anderem der republikanische Senator Lindsey Graham aus South Carolina erarbeitet hat und das Sanktionen gegen Russland vorsieht. Trump lehnte laut Bloomberg in der Vergangenheit jedoch ab, das Vorhaben zu unterstützen, um den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu Friedensverhandlungen zu bewegen.

[Trump zeigt sich offen für Gesetzesentwurf zu „sehr harten Sanktionen“ gegen Russlands Handelspartner](#)

Vorbereitung weiterer Energiesanktionen?

Die Vereinigten Staaten bereiten offenbar eine weitere Runde von Sanktionen gegen den russischen Energiesektor vor, um den Druck auf Moskau zu erhöhen, sollte Präsident Wladimir Putin ein Friedensabkommen mit der Ukraine ablehnen. Dies berichtete Bloomberg News am 17. Dezember unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Die USA erwägen demnach weitere Sanktionen zur gezielten Bekämpfung von Schiffen der sogenannten Schattenflotte russischer Tanker, die für den Transport von Moskaus Öl eingesetzt werden, sowie von Händlern, die diese Transaktionen ermöglichen, heißt es in dem Bericht. Das Weiße Haus und das US-Außenministerium reagierten nicht sofort auf Anfragen nach einer Stellungnahme.

Die neuen Maßnahmen könnten noch vor Weihnachten bekannt gegeben werden, hieß es in dem Bericht. Finanzminister Scott Bessent habe diese Maßnahme Anfang dieser Woche bei einem Treffen mit einer Gruppe europäischer Botschafter erörtert, heißt es in einem Reuters-Bericht.

[US readies new Russia sanctions if Putin rejects peace deal, Bloomberg News reports | Reuters](#)

[Bericht: USA bereiten neue Russland-Sanktionen vor](#)

Japan abhängig von russischem LNG

Japans neue Premierministerin Sanae Takaichi sagte während eines Treffens mit US-Präsident Donald Trump in Tokio, dass das Land trotz der Forderungen Washingtons nicht in der Lage sein werde, Importe von russischem Flüssigerdgas (LNG) abzulehnen, berichtete Reuters unter Berufung auf Quellen in der japanischen Regierung. Nach Angaben der Agentur wurde die Frage der russischen Treibstofflieferungen bei bilateralen Gesprächen am 28. Oktober erörtert. Takaichi betonte die Abhängigkeit

Japans von Energieimporten und forderte den US-Regierungschef auf, „den Energiebedarf des Landes zu verstehen“.

Im Vorfeld von Trumps Asienreise hatten die USA ihre Verbündeten, darunter auch Japan, aufgefordert, keine russischen Energielieferungen mehr zu kaufen und Sanktionen zu verhängen, um den Druck auf Moskau zu erhöhen. Wie die Zeitung Nikkei berichtet, sagte Takaichi jedoch, dass ein Verzicht auf russisches Gas „nur China und Russland glücklich machen“ würde, da es Japans Energiesicherheit schwächen würde. Die meisten Lieferungen aus dem Sachalin-2-Projekt werden zwischen 2028 und 2033 auslaufen, und sie zu ersetzen, wird nach Angaben des japanischen Industrieministeriums zu höheren Strompreisen führen.

Im Rahmen einer im Dezember auslaufenden Sanktionsausnahme importiert Japan derzeit weniger als 1 Prozent seines Öls aus Russland. Tokio bezieht seine wichtigsten Energielieferungen aus Ländern des Nahen Ostens. Am 16. September erklärte der japanische Finanzminister Katsunobu Kato, dass das Land den Vorschlag der USA, den Druck auf Russland durch die Erhöhung der Zölle auf China und Indien, die Öl aus Russland beziehen, zu erhöhen, nicht unterstützt.

[Си Цзиньпин и Дональд Трамп договорились о торговом перемирии и обсудили Украину - Ведомости](#)

Rumänien, Bulgarien und Moldau suchen Lösungen für sanktionierte Raffinerien

Die Regierungen von Rumänien und Bulgarien versuchen die Schließung von zwei Ölraffinerien aufgrund von US-Sanktionen zu verhindern. Am 7. November verabschiedeten bulgarische Abgeordnete einen neuen Gesetzentwurf, der es der Regierung ermöglichen würde, einen Manager für die riesige Lukoil-Raffinerie in Burgas zu ernennen und ihm weitreichende Befugnisse zu übertragen, um die operative Kontrolle über die Anlage zu übernehmen, deren Verkauf zu genehmigen und sie gegebenenfalls zu verstaatlichen. In der Zwischenzeit sondiert das Land die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung von Sanktionen.

Rumänien – Standort der Petrotel-Raffinerie von Lukoil – hat noch keine formelle Entscheidung getroffen. Aber Bukarest erwägt ebenfalls, eine „Verlängerung der Sanktionen“ zu beantragen, während es seine eigene Antwort ausarbeitet, sagte ein hochrangiger Regierungsbeamter. Die Verstaatlichung werde als „letzte Option“ angesehen, fügte er hinzu. Der rumänische Energieminister Bogdan-Gruia Ivan erklärte dazu gegenüber POLITICO, Bukarest sei operativ auf jedes Szenario „vorbereitet“. Der Plan der Regierung ziele darauf ab, „die Wirtschaftstätigkeit Rumäniens zu erhalten, aber gleichzeitig die Finanzierung der Russischen Föderation zu stoppen“, fügte er hinzu.

Die Bemühungen um einen neuen Eigentümer für die Raffinerien wurden weiter in Frage gestellt, nachdem das Schweizer Handelshaus Gunvor vergangene Woche sein Angebot

zum Kauf der internationalen Vermögenswerte von Lukoil zurückgezogen hatte, nachdem das US-Finanzministerium das Verkaufsangebot scharf kritisiert hatte.

Die neuen Maßnahmen wirken sich auch auf andere EU-Länder aus. Deutschland hat eine sechsmonatige Ausnahmegenehmigung für seine Rosneft-Raffinerie in Schwedt erhalten, die seit 2022 unter staatlicher Kontrolle steht.

Für Bulgarien, wo die russische Raffinerie bis zu 80 Prozent des Kraftstoffbedarfs des Landes deckt, würde dies bedeuten, dass Sofia „bis Ende des Jahres“ ohne Lieferungen dastehen würde, sagte Martin Vladimirov, Senior Analyst beim Think Tank Center for the Study of Democracy. Die rumänische Anlage liefere hingegen nur rund „20 Prozent“ des Kraftstoffs des Landes, sagte Ana Otilia Nuțu, Energieanalystin beim Think Tank Expert Forum. Dennoch könnte eine Schließung die Exporte in die benachbarte Republik Moldau beeinträchtigen, fügte sie hinzu.

Die moldawische Regierung legte am 7. November einen eigenen Vorschlag zum Kauf der Vermögenswerte von Lukoil im Land vor, darunter ein Flugzeugtreibstoffdepot, und erklärte, sie habe Washington ebenfalls um eine Verschiebung der Sanktionen gebeten.

In Bulgarien haben staatliche Behörden im Zuge der Maßnahmen die Kontrolle über eine Raffinerie und das Tankstellennetz des russischen Konzerns Lukoil übernommen. Wie der MDR weiter berichtete, habe sich das Land dabei am „deutschen Beispiel“ orientiert, so Boyko Borissov, Vorsitzender der Mitte-Rechts-Regierungspartei GERB. Der eingesetzte Verwalter sei auch berechtigt, Anteile von Lukoil an einen neuen Eigentümer zu verkaufen. Das will der Konzern verhindern und droht nun mit rechtlichen Schritten.

Wie die unabhängige Moscow Times jetzt berichtet, will sich das Unternehmen von seiner „monopolartigen Stellung“ in dem EU-Land trennen – und das möglichst ungestört von staatlichen Interventionen. „Lukoil unternimmt alle notwendigen Schritte, um den Verkauf der Raffinerie, des Tankstellennetzes und anderer Vermögenswerte in Bulgarien an einen neuen Eigentümer abzuschließen“, zitierte die Moscow Times aus einer Erklärung von Lukoil. Man gehe davon aus, „dass die Aktivitäten des externen Verwalters diesen Prozess nicht behindern werden“.

Nach einem Bericht von Reuters erwägen große US-Konzerne den Kauf der Auslandsaktiva des russischen Ölkonzerns Lukoil. Demnach haben sowohl der Beteiligungs-Gigant Carlyle als auch der Ölmulti Chevron Interesse an den Aktiva, deren Wert auf 22 Milliarden Dollar geschätzt wird. Zu ihnen gehören neben hunderten Tankstellen und Raffinerien in Europa auch Ölfelder in Zentralasien, im Irak und in Afrika. Eine Übernahme durch den Schweizer Rohstoffhändler Gunvor ist wegen der vermuteten Kremlnähe des Unternehmens am Widerstand der USA gescheitert. Während Carlyle, eine der weltgrößten Beteiligungsgesellschaften, den Insidern zufolge alle Auslandsaktiva von Lukoil übernehmen könnte, soll Chevron nur an den Ölfeldern interessiert sein.

Die USA haben unterdessen die Erlaubnis gegeben, Auslandsanteile von Lukoil trotz der Sanktionen zu verkaufen. Das US-Office of Foreign Asset Control eine neue FAQ veröffentlicht, die sich auf den Verkauf von Besitz des russischen Konzerns Lukoil und eine damit verbundene General License 131 bezieht. Wie Reuters am 11. Dezember berichtet, hat die Trump-Administration die Frist zu den Verhandlungen über den Verkauf der

Beteiligungen von Lukoil bis zum 17. Januar 2026 verlängert. Die Sanktionen gegen beide Unternehmen waren am 22. Oktober in Kraft getreten. Betroffen sind in der Region Südosteuropa insbesondere Rumänien und Bulgarien. Eine Analyse zu den Auswirkungen der Sanktionen gegen Lukoil und Rosneft für den globalen Ölmarkt und den jeweiligen Reaktionen in den Ländern erschien ebenfalls bei Reuters.

[Trump sanctions on Lukoil, Rosneft could reshuffle global oil map | Reuters](#)

[US allows negotiations on Lukoil's foreign assets until January 17 | Reuters](#)

[1224 | Office of Foreign Assets Control](#)

<https://ofac.treasury.gov/media/934801/download?inline>

Presseberichte zur Lage in Osteuropa:

[Romania and Bulgaria scramble to protect Russian refineries as Trump sanctions loom – POLITICO](#)

[Exclusive: Chevron joins race to explore potential purchase of Lukoil assets, sources say | Reuters](#)

Citibank-Verkauf genehmigt

Die Russlandtochter der US-Großbank Citigroup darf mit einem erheblichen Preisabschlag verkauft werden, dies berichten russische Medien. Per Anordnung erlaubte Russlands Präsident Wladimir Putin demnach der russischen Investmentbank Renaissance Capital, 100 Prozent der russischen Citibank zu kaufen. Citibank erklärte gegenüber russischen Medien, dass das Geschäft noch weiterer Genehmigungen bedürfe. Brancheninsider schätzen den Kaufpreis auf rund 40 Milliarden Rubel (425 Millionen Euro). Das wären rund 30 Prozent des Nettovermögens der Bank.

Putin hatte im Herbst 2022 bestimmt, dass 45 in Russland tätige Banken mit westlichen Eigentümern nur mit seiner Genehmigung verkauft werden dürfen. Die Verkäufer dürften zudem höchstens 35 Prozent des Eigenkapitals der Banken als Erlös erhalten. Seitdem wurden acht Banken mit der Präsidentengenehmigung verkauft, wobei die Preisabschläge zum Nettovermögen, soweit bekannt, stets zwischen 70 Prozent und 90 Prozent lagen

[Ренессанс Капитал купит Ситибанк: Citigroup уходит с российского рынка](#)

Neue Russland-Sanktionen mit Bezug auf Cyber-Kriminalität

Das Office of Foreign Asset Control hat neue Sanktionen im Cyber-Bereich gegen russische Personen und Unternehmen erlassen:

[Cyber-related Designations; CAATSA - Russia-related Designations; Issuance of Russia-related Frequently Asked Question | Office of Foreign Assets Control](#)

Turbulenzen wegen US-Sanktionen gegen serbische Ölgesellschaft NIS

Die serbische Ölgesellschaft NIS, die mehrheitlich in russischem Besitz ist, hat am 2. Dezember verkündet, dass die Produktion in ihrer Raffinerie in Pancevo auf Grund fehlenden Rohöls eingestellt wurde. Grund dafür sind US-Sanktionen, die im Oktober vollständig in Kraft getreten sind. NIS versichert, dass die Versorgung des serbischen Marktes vorerst durch vorhandene Lagerbestände gesichert sei. Der serbische Präsident, Aleksandar Vucic, hat am 25. November den russischen Unternehmen Gazprom und Gazprom Neft eine 50-Tage-Frist gesetzt, um ihre Anteile am serbischen Ölkonzern NIS zu verkaufen. Hintergrund sind US-Sanktionen gegen NIS, die seit Oktober vollständig greifen. Sollte kein Käufer gefunden werden, will Serbien zunächst die Unternehmensführung übernehmen, eine Verstaatlichung solle aber möglichst vermieden werden.

Die serbische Zentralbank versuchte am 8. Dezember, die Märkte zu beruhigen, nachdem die Bürger aufgrund von Befürchtungen hinsichtlich US-Sanktionen gegen das russische Ölunternehmen NIS in Scharen Euro kauften, was zu vorübergehenden Engpässen in einigen Wechselstuben führte und den Dinar auf den niedrigsten Stand dieses Jahres drückte. Die Nationalbank von Serbien (NBS) erklärte, sie habe interveniert, indem sie Euro aus ihren Reserven verkauft habe, nachdem die Nachfrage nach ausländischer Währung weit über das normale saisonale Niveau gestiegen war. Der Anstieg folgte auf Medienberichte und Online-Spekulationen über den möglichen Zusammenbruch von NIS, das mehrheitlich im Besitz der russischen Gazprom-Gruppe ist.

[bne IntelliNews - US sanctions on Russian-owned NIS shake Serbia's FX market](#)
BalkanInsight berichtet [hier](#). European Western Balkans [hier](#).

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Sanktionen gegen russische und chinesische Unternehmen wegen Informationskrieg

Großbritannien kündigte am 8. Dezember Sanktionen gegen russische Medien an. Außenministerin Yvette Cooper sagte, das Vereinigte Königreich verhängt Sanktionen gegen den Mikroblogging-Kanal Rybar auf Telegram, die Stiftung zur Unterstützung und zum Schutz der Rechte von im Ausland lebenden Landsleuten, die vom estnischen Geheimdienst als Deckmantel für den russischen Geheimdienst GRU bezeichnet wird, und das Zentrum für geopolitische Expertise, einen Think Tank, der vom rechtsextremen russischen Schriftsteller Aleksandr Dugin geleitet wird.

Zwei in China ansässige Unternehmen wurden ebenfalls „wegen ihrer umfangreichen und wahllosen Cyberaktivitäten gegen Großbritannien und seine Verbündeten“ mit Sanktionen belegt, so Cooper. In einer Rede im Außenministerium in London sagte Cooper, dass Großbritannien und seine Verbündeten mit eskalierenden „hybriden Bedrohungen“ konfrontiert seien, „die darauf abzielen, kritische nationale Infrastrukturen zu schwächen, unsere Interessen zu untergraben und in unsere Demokratien einzugreifen“. Sie sagte, zu den Bedrohungen gehörten physische Angriffe wie Sabotage sowie Desinformationskampagnen, die „die sozialen Medien mit generativer KI und manipulierten Videos überschwemmen“, um die westliche Unterstützung für den Widerstand der Ukraine gegen die groß angelegte Invasion Russlands zu untergraben.

Britische Beamte wiesen auf gefälschte Websites und politische Anzeigen während der jüngsten Wahlen in Moldawien sowie auf Fake-News-Seiten hin, die Videos mit falschen Behauptungen über den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und seine Frau verbreiteten, um die Unterstützung für die Ukraine zu untergraben.

[UK sanctions Russian and Chinese firms suspected of being 'malign actors' in information warfare | Euronews](#)

Handlungsbedarf: Konsolidierung der Sanktionslisten

Das britische Außenministerium (FCDO) stellt ab dem 28. Januar 2026 auf eine einzige konsolidierte Sanktionsliste um. Bisher werden die britischen Listungen in der UK Sanctions List (UKSL) des FCDO und der Consolidated List of Asset Freeze Targets - Liste vom Office of Financial Sanctions Implementation (OFSI) veröffentlicht. Ab dem 28. Januar 2026 wird die OFSI-Liste geschlossen.

Sie sollten als Nutzer sicherstellen, dass bis Mittwoch, den 28. Januar 2026, alle Systeme, die die konsolidierte Liste des OFSI für Sanktionsprüfungen verwenden, stattdessen die Daten aus der britischen Sanktionsliste verwenden. Alle Systeme, die die „OFSI-Gruppen-

ID“ als Identifikator verwenden, müssen für neue DPs die „eindeutige ID“ der britischen Sanktionsliste verwenden.

Alle Formate der UK Sanctions List behalten die historischen OFSI-Gruppen-ID-Identifikatoren für DPs bei, die vor dem 28. Januar 2026 benannt wurden. Diese historischen Gruppen-IDs bleiben weiterhin gültig, beispielsweise für Lizenzanträge, Meldungen über eingefrorene Vermögenswerte oder mutmaßliche Verstöße, obwohl auch UKSL-Unique-IDs verwendet werden können.

Sie sollten möglichst sofort Anpassungen vornehmen. Wenn Sie einen spezialisierten Screener oder andere Drittanbieter nutzen, sollten Sie mit Ihrem Lieferanten sprechen, um die möglichen Auswirkungen auf die von Ihnen erhaltenen Daten zu verstehen. Sie sollten diesen Zeitraum vor Januar 2026 nutzen, um alle Systeme auf die formelle Schließung der OFSI Consolidated List vorzubereiten.

Empfohlen wird bereits jetzt, spätestens bis zum 28. Januar 2026, auf die [UK Sanctions List](#) als primäre Quelle für britische Sanktionsdaten umzustellen.

[Moving to a single list for UK sanctions designations, 28 January 2026 - GOV.UK](#)

7. Blick über den Tellerrand

USA streichen 48 Personen und Organisationen von der Sanktionsliste für den Balkan

Die USA haben 48 Personen und Organisationen von ihrer Sanktionsliste für den Balkan gemäß EO 14033 gestrichen, darunter die meisten derjenigen, die im Januar 2025 von den USA wegen der Organisation der Feierlichkeiten zum „Tag der Republika Srpska“ unter Verstoß gegen das Dayton-Friedensabkommen auf die Liste gesetzt worden waren. Zu den Personen und Organisationen, die heute von der US-Sanktionsliste gestrichen wurden, gehören:

- **Milorad Dodik**, ehemaliger Präsident der Republika Srpska, und Mitglieder seiner Familie, darunter **Igor Dodik** und **Gorica Dodik**. Dodik trat als Präsident der Republika Srpska zurück, nachdem er vom bosnischen Bundesgericht zu einem Jahr Haft verurteilt worden war. Unternehmen, die mit der Familie Dodik in Verbindung stehen, wurden ebenfalls von der Liste gestrichen. Dodik befand sich seit 2017 auf der US-Sanktionsliste.
- **Staša Košarac**, bosnischer Minister für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen, Mitglied der politischen Partei von Herrn Dodik.
- Regierungsbeamte der Republika Srpska, darunter **Nenad Stevandic**, **Srebrenka Golic** und **Alen Seranic**.

- **Nimbus Innovations d.o.o. Banja Luka**, ein in Bosnien und Herzegowina ansässiges Unternehmen für Informationstechnologiedienstleistungen.

[US removes 48 people and entities from Balkans sanctions list | Global Sanctions](#)

USA wollen Syrien-Sanktionen aufheben

Die USA heben ihre umfassenden Sanktionen gegen Syrien endgültig auf., die berichtet das Online-Portal adopt-a-revolution. Mit dem Ende des sogenannten Caesar Act falle eines der größten Hindernisse für Wiederaufbau und wirtschaftliche Erholung. Der Schritt markiere einen politischen Kurswechsel und eröffnet neue wirtschaftliche Spielräume, bringt aber auch klare Erwartungen an die syrische Übergangsregierung mit sich.

Der Beschluss wurde vom US-Repräsentantenhaus im Rahmen des Verteidigungshaushalts gefasst und wird nun dem Senat sowie dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt. Nach einer bereits befristeten Aussetzung gilt es als wahrscheinlich, dass die Sanktionen noch vor Jahresende vollständig außer Kraft treten. Der Zeitpunkt fällt mit dem Jahrestag des Sturzes des Assad-Regimes zusammen und unterstreicht die symbolische Bedeutung der Entscheidung.

Das Caesar-Gesetz war 2020 in Kraft getreten und richtete sich gegen die syrische Regierung unter Bashar al-Assad sowie gegen Einzelpersonen, Unternehmen und Institutionen, die mit diesem in Verbindung standen.

[Was das Ende der US-Sanktionen für Syrien bedeutet - Adopt a Revolution](#)

8. Termine

13. Januar 2026: **Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses**
(nur auf persönliche Einladung)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. lädt seine Mitglieder und wichtigsten Partner am 13. Januar 2026 zu seinem traditionellen Neujahrsempfang ein. Die Teilnahme ist nur mit persönlicher Einladung möglich. Der Empfang findet in der Französischen Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt 5, 10117 Berlin, statt. Gemeinsam wollen wir mit auf das beginnende Wirtschaftsjahr 2026 und die Region des Ost-Ausschusses blicken. Unsere Ehrengäste sind Katherina Reiche, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, und Dr. Bernhard Kotsch, Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Musikalisch begleitet wird der Neujahrsempfang durch das Duo Ron's House.

Kontakt für Rückfragen im Ost-Ausschuss: m.stender@oa-ev.de

9. Tipps & Links

Das Atlantic Council versucht mit einem neuen **Energy Sanctions Dashboard** die internationalen Lieferwege sanktionierten Öls aus Russland, Venezuela und Iran nachzuzeichnen. Hier geht es zum neuen Service: [Energy Sanctions Dashboard - Atlantic Council](#)

Der Think Tank „State Watch“ hat mit Partnern einen Report erstellt, der die **Rolle Hong Kongs bei der Umgehung internationaler Russland- und Iran-Sanktionen** beleuchtet. Die Analyse beschreibt detailliert, wie Hongkong zu einem wichtigen Umschlagplatz für Russlands Umgehung westlicher Sanktionen wurde und gibt am Ende Handlungsempfehlungen. Unter anderem sollte die EU Hong Kong als Hochrisiko-Land für Sanktionsumgehung klassifizieren und daran beteiligten Personen und Unternehmen sanktionieren. [Hong-Kong-and-Sanctions-Evasion.pdf](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWE-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:0

[BMWE - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMWE - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

EU-Dokumente zum 19. Sanktionspaket

[Verordnung \(EU\) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2025/2037 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#) (Sanktionierte Personen und Unternehmen)

Sanktionen gegen Belarus vom 23. Oktober 2025:

[Verordnung \(EU\) 2025/2041 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2039 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen (Stand 17. Dezember 2025)

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

[EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

EU Sanctions Map

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch für die russische Kriegsführung einschätzt** sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:

List of common high priority items - European Commission

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:

List of economically critical goods - European Commission

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

EUsanctions - Home (integrityline.com)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium (europa.eu)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control (treasury.gov)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenauftrag der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakte an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenauftrag der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

